Der Landrat

Beratungsergebnis

der 6. Sitzung des Kreisausschusses
am Mittwoch, dem 19.05.2021

Tagesordnungspunkt:

Öffentliche Sitzung

10. Fortschreibung der Untersuchung zur südosteuropäischen Zuwanderung im Kreis Gütersloh - DS-Nr.: 5453 -

Die Verwaltung führte zum vorgelegten Bericht aus, dass es bestimmte Trends und Entwicklungen gebe, diese aber nicht immer linear verliefen. Im schulischen Bereich sehe man, dass in den unterschiedlichen Stufen sich die Zahlen zwischen polnischer und rumänischer Staatsangehörigkeit unterschieden. Seit geraumer Zeit kümmere sie sich mit unterschiedlichsten Aktionen und Programmen um die Personengruppe der südosteuropäischen Zuwanderer. Sie wolle die Programme noch intensiver umsetzen, wenn man durch die Pandemie nicht mehr so gebunden sei; man sei aber sehr gut aufgestellt. Der Bericht sei in Abstimmung zwischen dem Jobcenter und dem Kommunalen Integrationszentrum erstellt worden; die Daten seien von den Kommunen zur Verfügung gestellt worden.

Die GRÜNE-Fraktion hielt es für wichtig, die Zahlen im Blick zu behalten. Sie sei erschrocken gewesen, dass von 19.000 Personen nur rd. 800 in einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis stünden. Die größte Anzahl stehe eher in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Sie gehe davon aus, dass sich dies aufgrund der neuen Gesetzeslage, gerade in der Fleischindustrie, ändere. Es gebe rd. 1.500 Schüler aus diesen Ländern und aufgrund der Corona-Pandemie sei Distanzunterricht die Regel; durch das Homeschooling bestünden andere Anforderungen an die Eltern. Sie interessiere, ob es Erkenntnisse darüber gebe, inwiefern letzteres funktioniert habe, und ob die Kinder erreicht worden seien.

Die Verwaltung wies daraufhin, dass nicht lediglich 800 Personen in einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis stünden, sondern – wie der Anlage zu entnehmen sei *(Anm. d. Verw.: Anlage 2 zur Vorlage DS-Nr. 5453)* – rd. 7.700 Rumänen, rd. 1.300 Bulgaren und rd. 3.500 Polen sozialversicherungspflichtig beschäftigt seien. Diese stellten mehr als Zweidrittel aller hier lebenden Menschen aus diesen drei Staaten dar.

Bezogen auf die Frage zum Homeschooling informierte die Verwaltung, dass dies je nach Schulform und Schule differiere. Gleichwohl erreichten sie auch Meldungen in Verbindung mit den Migrantenorganisationen, dass es unterschiedliche Bedarfe gebe. Es sei derzeit schwierig, dies von Seiten der Verwaltung zu beurteilen. Das Kommunale Integrationszentrum führe auch unter den corona-bedingten Einschränkungen die Beratungen weiter durch. Trotz des Distanzunterrichts gebe es viele gute Konzepte seitens der Schulen, um diese Personengruppe in den Schulalltag zu integrieren und mit Unterrichtsmaterialien zu versorgen.

Auf die Nachfrage der CDU-Fraktion, ob die zusätzlich beschlossenen Stellen bereits besetzt seien, teilte die Verwaltung mit, dass diese erst zum 01.07.2021 beschlossen worden seien und daher noch keine

vollständige Besetzung erfolgt sei; dies habe auch landesförderrechtliche Gründe. Ab dem 01.07.2021 nähmen die ersten Kollegen ihre Arbeit auf.

Des Weiteren erkundigte sich die CDU-Fraktion, wie die Sprachkurse angenommen würden und ob es messbare Erfolge gebe. In der Presse habe gestanden, dass in Verl nur 2 – 3 Personen zu den Kursen kämen. Da die Männer auf der Arbeit nur ihre Heimatsprache sprächen und schwer zu erreichen seien, halte sie es für den richtigen Weg, die Integration über die Frauen und Kinder stattfinden zu lassen und darüber dann die Männer einzubeziehen.

Die Verwaltung berichtete, dass das Angebot der Sprachwerkstatt für Frauen in Verl gerade zu Beginn im vergangenen Jahr gut in Anspruch genommen worden sei. Aufgrund der Coronaschutz-Verordnung sei eine Umsetzung in Präsenz nicht mehr möglich gewesen. Sobald wieder Präsenzkurse stattfinden dürften, wolle sie diese umsetzen. Darüber hinaus habe sie versucht, den Kurs online anzubieten.

Ergebnis: Zur Kenntnis genommen